

Begründung für den Antrag Hochbunker Kuhnsweg

Frau Vorsitzende, wertes Präsidium,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich haben wir uns ja schon im Bezirk für das Anliegen des Antrages ausgesprochen, aber angesichts der Entwicklung halten wir es für notwendig, vom Bezirk-Nord noch einmal ein Signal zu geben, dass wir auf keinen Fall mit einem Bunkerabriss einverstanden sind und auch nicht mit einer Nutzung mit hochpreisigen Eigentums- oder Mietwohnungen.

Landauf und landauf ist zu hören, wir brauchen günstige Mietwohnungen für die Mehrheit der Menschen! Allein in Hamburg haben 50 Prozent der Mieterinnen und Mieter ein Anrecht auf eine Sozialwohnung. Das haben wir ja schon in der heutigen Debatte gehört und kann nicht oft genug wiederholt werden, damit dem Anspruch endlich Taten folgen.

Hamburg- und auch der Bund - haben viel Geld eingenommen mit dem Verkauf von öffentlichem Grund bei Höchstpreisgebot. Grund und Boden, der eigentlich der Bevölkerung gehört, und nicht veräußert werden sollte. Denn er ist nicht unbegrenzt vermehrbar und dieses Vorgehen befördert die Grundstücksspekulation. Deshalb sind wir LINKEN auch dagegen, dass weiter öffentlicher Grund an private Investoren vergeben wird. Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft wie SAGA oder Genossenschaften, die sozial orientiert sind, sollten u.E.s nach die einzigen Erwerber solcher Grundstücke sein – möglichst auf Erbpacht.

Das Mindeste ist, dass der Bevölkerung jetzt das Geld, das durch den Verkauf vieler öffentlicher Liegenschaften eingenommen worden ist, zugute kommt und für den Bau und die Subventionierung preisgünstiger Wohnungen ausgegeben wird, sozusagen als Wiedergutmachung! Bisher sind im Bezirk Hamburg-Nord in den letzten 7 Jahren über 750.000 qm öffentlicher Fläche an private Investoren verkauft worden. Das ist schwarz auf weiß in einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion zu lesen.

Was in Winterhude bisher passiert ist, ist, dass öffentliche Bunkergrundstücke, und auch private, an private Investoren verkauft wurden,

die nichts Besseres zu tun hatten, als abzureißen und teure Eigentumswohnungen zu bauen.

Ein Beispiel: Im Poßmoorweg, ein Bunker, der der Stadt Hamburg gehörte, dauerte der Bunkerabriss drei Jahre lang! Die Menschen, die dort wohnen, waren während dieser Zeit durch die enormen Lärm- und Staubemissionen gesundheitsgefährdend belastet. Alle Versprechungen, der Abriss gehe lärmgeschützt und staubfrei vonstatten, haben sich sowohl in der Forsmannstraße als auch im Poßmoorweg nicht bewahrheitet.

Und entstanden sind teure Eigentumswohnungen. In der Forsmannstraße kostete bei Otto Wulff nach dem Bunkerabriss und Neubau vor 3 Jahren eine Wohnung mit Dachterrasse bis zu 8.000 Euro pro Quadratmeter. Jetzt im Poßmoorweg verlangt Engel & Völkers über 10.000 Euro pro Quadratmeter für eine größere familiengerechte Wohnung. Das sind Wucherpreise, die die Mieten in Winterhude weiter steigen lassen, denn die meisten Eigentümer vermieten weiter und lassen sich die hohen Belastungen durch teure Mieten bezahlen, die dann den Mietenspiegel weiter nach oben treiben.

Diese Entwicklung darf im Kuhnsweg nicht so weiter gehen. Projektentwickler, wie sie sich so schön nennen und zu Hauf im Stadtentwicklungsausschuss auftauchen, stehen schon in den Startlöchern. Denn Winterhude ist ein angesagter Stadtteil und inzwischen reichlich gesät mit solchen Büros und Maklerbüros, die andere kleine Gewerbetreibende verdrängt haben. Sie sorgen für die Anlage von Betongold auf Kosten der Bevölkerung.

Liebe Abgeordnete, ich hoffe, dass im Kuhnsweg ein sozial-kulturelles Wohnprojekt realisiert wird und die Stadt auch dafür Geld in die Hand nimmt. Das Goldbekhaus ist mit im Boot, die Bodelschwingh-Stiftung und Q 8 unterstützen das „Projekt Kunterbunker“, das von einer sozial durchmischten Baugemeinschaft initiiert worden ist.

Ob dieses Projekt oder ein ähnliches unseren Beschluss vom Juni 2016 realisiert, bleibt offen.

Aber es wäre ein gutes Signal, wenn nach 2 ½ Jahren vieler Aktivitäten auf Seiten der BürgerInnen in Winterhude und auch der Stadt Hamburg die BlmA das Grundstück für soziale Zwecke zu einem bezahlbaren Preis abgibt.

Unterstützen Sie unseren Antrag zur Bekräftigung unseres Beschlusses vom Sommer 2016. Wir wollen keine Bunkerabrisse in Winterhude mehr – 4 sind genug. Und wir wollen preiswerten Wohnraum. Vielen Dank!